

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Daniela Ludwig
vom 3. November 2025**

Im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan liegen derzeit noch gültige Aufnahmezusagen für 1.505 Personen (davon 391 Hauptpersonen) vor. Hierbei handelt es sich um 767 Frauen und 738 Männer, wovon insgesamt 639 Personen minderjährig sind.

Im sog. Ortskräfteverfahren liegen derzeit noch gültige Aufnahmezusagen für 631 ehemalige Ortskräfte, inklusive Familienangehöriger 2.480 Personen, vor. Aufgrund einer anderen Datenstruktur sind Geschlecht und Alterskohorte in diesem Verfahren nicht statistisch auswertbar.

In der Unterstützung der Bundesregierung in Pakistan befinden sich derzeit 1.890 Personen mit einer Aufnahmezusage bzw. Aufnahmeerklärung aus den Aufnahmeverfahren aus Afghanistan (Stand: 27. Oktober 2025).

33. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Ausmaß werden die Perspektiven von psychisch erkrankten Menschen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Früherkennung und Bedrohungsmanagement“ (BLAG FEBM), wie sie in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 21/2387 beschrieben ist, vertreten, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Partizipation von psychisch erkrankten Menschen an der entsprechenden politischen Diskussion und Entscheidungsfindung aktiv zu fördern?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christoph de Vries
vom 7. November 2025**

Die von der Innenministerkonferenz (IML) beauftragte BLAG FEBM wurde durch Vertreter der Gesundheitsressorts der Länder verstärkt und eine Mitarbeit insbesondere zum Teilthema zum „Umgang mit psychisch auffälligen Personen“ sichergestellt. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat professionsübergreifend und interdisziplinär mit Behördenvertretern und der Wissenschaft zusammengearbeitet. Die Belange von psychisch erkrankten Menschen fanden daher zurückliegend und sollen auch zukünftig auf diesem Weg in der BLAG FEBM Berücksichtigung finden.

34. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Ressorts und sonstigen Akteure sind konkret in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Früherkennung und Bedrohungsmanagement“ (BLAG FEBM) vertreten, wie sie in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 21/2387 beschrieben ist, und wann sind die nächsten Sitzungen dieser Arbeitsgruppe geplant?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christoph de Vries
vom 7. November 2025**

Die weitere Arbeitsplanung der BLAG FEBM steht aktuell noch nicht fest. Der von der BLAG erstellte Abschlussbericht befindet sich derzeit in der Gremienbefassung. In Abhängigkeit der Beschlussfassungen der IMK-Gremien werden die weiteren Schritte festgelegt, da sich der Fokus nunmehr auf die Implementierung der bundesweiten Netzwerkstrukturen richten wird.

In der BLAG FEBM sind neben den Mitgliedern aus dem Bereich der Innenressorts auch Mitglieder aus den Ressortbereichen der Gesundheitsministerkonferenz und der Justizministerkonferenz vertreten.

35. Abgeordneter
Achim Köhler
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über den Verbleib von etwa einem Drittel der ca. 700 vietnamesischen Auszubildenden an der Brillat-Savarin-Schule, das laut Berichten spurlos verschwunden ist, und hat sie Maßnahmen zusammen mit den zuständigen Behörden in den Bundesländern ergriffen, um die rund 16.000 angeworbenen vietnamesischen Auszubildenden bundesweit zu schützen, und wenn ja, welche Maßnahmen sind dies konkret, und wenn nein, warum nicht (www.zeit.de/news/2025-10/01/rbb-berufsschulen-vermisse-n-hundertevietnamesische-azubis; www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/deutschland-vietnamesischeazubis-laut-bericht-modernem-menschenhandel-und-prek%C3%A4renarbeitsbedingungen-ausgesetzt/)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christoph de Vries
vom 3. November 2025**

Die Bundesregierung kommentiert keine Presseberichterstattung. Unabhängig davon liegt die Verantwortung für die Verfolgung möglicher Straftaten in der Zuständigkeit der Bundesländer.

Die Bundespolizei unterstützt die Visastellen in deutschen Auslandsvertretungen in Vietnam mit dem Ziel der Verhinderung von Visumsmissbrauch. In diesem Zusammenhang hat die Bundespolizei mittels Warnhinweis den eigenen Bereich sensibilisiert. Mit gleichermaßen vom Phänomen betroffenen weiteren Behörden in Deutschland sowie mit Visastellen anderer Schengen-Staaten steht die Bundespolizei fortwährend im Informationsaustausch. Werden der Bundespolizei im Rahmen der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben Sachverhalte im Zusammenhang mit Opfern von Menschenhandel bekannt, arbeitet sie unmittelbar mit den zuständigen Fachberatungsstellen zusammen. Seit 2022 besteht eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundespolizei und dem Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK e. V. Diese bildet die Basis, um sich bei Phänomen bezogenen Verdachtsfällen von Menschenhandel und (sexueller) Ausbeutung sowie Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten auf regionaler und lokaler Ebene abzustimmen.